

5. JULI 1961

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0888890

P/XVI/148 - 5. Juli 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Ungebrochen</u> Leistungen Berlins im Schatten der Chruschtschow-Erohung	50
2 - 3	<u>"Die moderne Frau in der demokratischen Gesellschaft"</u> Vorschau auf eine Tagung Von Hety Schmitt-Maass Frauenreferentin beim Parteivorstand der SPD	84
4 - 5a	<u>Lehrer - Schulen Staat</u> Ein Interview mit MdB Prof. Dr. Karl Bechert Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Lehrer	109
5a	<u>Intensivierte Ferienaktion</u> Ein Ergebnis der Reisen Brandts	16
6	<u>Die Schulnot Afrikas</u> Analfabetismus - schwere Bürde des schwarzen Kontinents	50

* * *

Ungebrochen

Leistungen Berlins im Schatten der Chruschtschow-Drohung

sp- Der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow und sein ostdeutscher Ableger Ulbricht unterliegen einem schweren Irrtum, wenn sie glauben, durch ihre gegen Westberlin gerichteten Drohungen das wirtschaftliche und soziale Gleichgewicht Westberlins stören zu können. Seit dem November 1958 leben die Westberliner im Schatten dieser Drohung. Sie nehmen sie mit Ruhe hin und lassen sich nicht erschüttern. Die sprichwörtlich guten Nerven der Berliner halten stand. Die Berliner gehen ihrer Arbeit und ihren Geschäften nach. Sie haben es nicht einmal gern, wenn von ihrer Stadt als einer "Frontstadt" gesprochen wird. An der Front wird in der Regel gekämpft, die Berliner jedoch widmen sich den Werken des Aufbaus und der Heilung der Wunden, die der zweite Weltkrieg ihnen zugefügt hat. Sie können sich damit sehen lassen, halten sie doch jeden Vergleich mit den Aufbauleistungen westdeutscher Großstädte aus. Berlin hat trotz der Drohung der Sowjetnote das Wunder zuwege gebracht, die Arbeitslosigkeit, die schwerste wirtschaftliche Hypothek, zu überwinden und die Vollbeschäftigung zu erreichen. Arbeitskräfte sind, wie in der westdeutschen Wirtschaft, zur Mangelerscheinung geworden.

Das sind die erstaunlichen Wirkungen der Sowjetnote vom November 1958:

45 000 neue Arbeitsplätze wurden seitdem geschaffen, davon 40 000 in der Industrie, deren Umsatz in dieser Zeitspanne um über zwei Milliarden gestiegen ist.

50 000 Wohnungen wurden in der gleichen Zeit gebaut; seit Mai 1958 ergibt sich ein Wachstum der Industrieproduktion um 53 Prozent; im Vergleich zum Vorjahr stieg die Produktion um 16 Prozent. Eine Steigerung, die nicht ihresgleichen findet.

Gewaltige Bauvorhaben, wie die Errichtung einer Grossmarkthalle und der Bau einer Universitätsklinik als Gegenstück zu der in Ostsektor gelegenen Charité, zeugen von dem ungebrochenen Willen, die Zukunft zu meistern. Gewiss, diese Leistungen wären nicht möglich gewesen ohne die Bundeszuschüsse; jede Mark, in Berlin investiert, trägt vielfältige Zinsen, die sich nicht immer in materiellen Worten zu Buche schlagen lassen.

Chruschtschow und Ulbricht wollen das, was in Westberlin seit 1945 geschehen ist und was neu geschaffen wurde, wieder rückgängig machen. Die Ausstrahlungskraft dieser Aufbauleistungen reicht weit in den Herrschaftsbereich Ulbrichts hinein. Mit eigenen Augen können ungezählte Bewohner Ostberlins und Mitteldeutschlands täglich erkennen, was eine freiheitliche, von der Demokratie inspirierte, vom Willen der Bevölkerung getragene Gesellschaftsordnung an Impulsen zu wecken vermag. Die Herren von Pankow sprechen von Westberlin als einem den Frieden störenden Unruheherd, bezeichnen es aber als einen Tummelplatz von Agenten und Revanchisten, als Aufmarschgebiet für einen neuen Krieg. Sie sagen Revanchisten und meinen die über zwei Millionen Westberliner, die keinen sehnlicheren Wunsch haben, als in Frieden gelassen zu werden. Ihre Arbeit, ihre Leistungen, ihr nicht zu brechender Behauptungswille sind allerdings eine Barriere, die dem kommunistischen Expansionsdrang bisher Einhalt geboten hat. Das wird auch in Zukunft so bleiben.

* * *

"Die moderne Frau in der demokratischen Gesellschaft"

Vorschau auf eine Tagung

Von Hety Schmitt-Maass

Frauenreferentin beim Parteivorstand der SPD

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands lädt am 8. und 9. Juli zu einer zentralen Frauenkonferenz nach Oberhausen ein. Die Tagung wird geleitet von ihrem Präsidiumsmitglied Marta Schanzembach, MdB, und von Oberhausens Oberbürgermeisterin Luise Albertz, MdB.

Das Grundsatzreferat über das Thema "Die moderne Frau in der demokratischen Gesellschaft" hat die Frau in der Regierungsmannschaft der SPD - Käte Strobel, MdB - übernommen. Es ist zu erwarten, dass sie die rechtliche und die tatsächliche Situation der Frauen in der Bundesrepublik Deutschland kritisch behandeln wird. Hierbei dürfte sich ergeben, dass die sozialdemokratischen Frauen mit der gegenwärtigen Lage unserer Mädchen und Frauen durchaus nicht zufrieden sind. Man erhofft von Käte Strobel die Entwicklung eigener Vorstellungen, wie in der modernen, pluralistischen Gesellschaft der weibliche Einfluss wirksamer zur Geltung kommen könnte - ja, welche politischen Forderungen sich aus der Analyse des gegenwärtigen Zustandes für die SPD ergeben, um alle jene Ziele zu erreichen, die den augenblicklichen Tatbestand in absehbarer Zeit verändern und korrigieren werden. Dabei müssen Einfluss und Lage der Frau sowohl im privaten Leben, als auch in der Familie behandelt werden - ihre differenzierte Lebenssituation, ob sie nun ledig oder verheiratet ist, ob sie Kinder hat und vielleicht trotzdem beruflich tätig ist. Es ist unmöglich, dass gerade die zuletzt genannte Gruppe von Frauen alle Aufgabenbereiche allein lösen soll, die sich aus ihrer schwierigen Lebenssituation ergeben - sie muss überbelastet und überfordert werden, wenn nicht Staat und Gesellschaft ihr helfen.

Im Berufsleben können beachtliche Leistungen und Erfolge der Frauen in unserer gesamten, blühenden Wirtschaft nachgewiesen werden. Doch selten entspricht ihre Stellung auch den vorhandenen Fähigkeiten - und ihre eigene Haltung als Verbraucherin lässt viel zu wünschen übrig (was von der Reklame nur zu geschickt ausgenutzt wird). Die hemmenden Einflüsse sind mannigfaltig und können nur überwunden werden, sobald die Mehrzahl der Frauen ihre wirtschaftliche und soziale Verantwortung erkennen lernt; aber es dürfte im wesentlichen eine Frage der Erziehung sein, auf die Dauer hier eine Wandlung herbeizuführen. Die Rolle der Frau als Staatsbürgerin und Wählerin, als Mitarbeiterin in Verwaltung oder in Parlamenten bedarf einer eingehenden Behandlung - ebenso ihr Anteil am geistigen Leben, in Kunst und Wissenschaft, in Presse, Funk und Fernsehen. Die Geisterkräfte der Frau sind denen des Mannes ebenbürtig, sie müssen nur ebenso ausgebildet

und gepflegt werden.

Zur Vertiefung der zu erwartenden Diskussionen ist vorgesehen, dass nach Käte Strobels Referat einige Kurzreferate zu Teilproblemen Stellung nehmen; Dr. Renate L e p s i u s , München, behandelt: "Die Frau in Familie und Gesellschaft", Else W a r n k e , Düsseldorf: "Die Frau im beruflichen Leben", Dr. Luise H a s e l m a y r , München: "Die Frau im Wirtschaftsleben und als Verbraucherin", Dr. Rosemarie N e m i t z , Bad Godesberg: "Die Frau im geistigen und öffentlichen Leben".

Mittelpunkt der Konferenz wird eine öffentliche Kundgebung auf dem Rathausplatz am Samstagnachmittag sein. Bei dieser Gelegenheit werden Tausende von Frauen aus ganz Nordrhein-Westfalen erwartet. Als Redner treten neben den Mitgliedern des Parteivorstandes und der Regierungsmannschaft der SPD -Dr. D e i s t und Käte S t r o b e l- eine Reihe von ausländischen Gästen auf, wie z.B. die Inderin Shubhangi Joshi und die Indonesierin Djuema Said. - Besichtigungsfahrten zu interessanten Punkten der Stadt Oberhausen sollen im Gesamtprogramm eingeschlossen sein.

Eines der Hauptanliegen dieser Frauenkonferenz wird sein, die zahlreichen Diskussionen und Veröffentlichungen der letzten Zeit über wachsende Probleme um die "Doppelbelastung" der Frau zurechtzurücken. Sie dürfen in der Öffentlichkeit nicht zugunsten der Frauen oder gar zu Lasten ihrer "Gleichberechtigung" ausgelegt werden! Tatsache ist, dass die Frau das O p f e r unserer Gesellschaft zu werden droht: Mehr und mehr Bürden werden ihr auferlegt, ohne genügend zu berücksichtigen, dass die erwiesene "Gleichwertigkeit" der Frau doch auf keinen Fall den Schluss zulässt, sie müsse nun auch "gleichartig" arbeiten wie ein Mann, und ihre Aufgaben als Frau (die der Mann ja weitgehend erspart bleiben) solle sie ausserdem noch lösen. Die derzeitige Verfassung unserer Gesellschaft scheint nicht geeignet, die V e r s c h i e d e n k e i t e n von Mann und Frau auf die rechte Weise zu berücksichtigen; sie kann nur dann in die rechten Bahnen gelenkt werden, wenn es gelingt, den bis heute noch zu geringen Einfluss der Frauen in Politik, Beruf und Gesellschaft zu verstärken. Dass die Erfüllung d i e s e r Forderung jedoch weitgehend eine Sache der Frauen selbst sein wird - nämlich eine Sache ihrer Haltung und ihres Verantwortungsgefühls auch in solchen Bereichen - das dürfte anlässlich der kommenden Konferenz klar herausgestellt werden.

Es wird dabei nicht allein auf überzeugende Rednerfolgreicher Politikerinnen ankommen - die führend tätigen Frauen in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands werden ihre Vorstellungen in programmatische Erklärungen kleiden, die zeigen, dass hier die ureigensten Interessen der modernen Frau in der demokratischen Gesellschaft wahrhaft vertreten werden.

Lehrer - Schulen - Staat

Ein Interview mit MdB. Prof. Dr. Karl Bechert

Herr Professor, Sie sind Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer. Ihr Verband hat kürzlich in der Paulskirche in Frankfurt eine grosse öffentliche Kundgebung veranstaltet. Anschliessend haben Sie noch eine Arbeitstagung abgehalten. Sind Sie mit den Veranstaltungen zufrieden gewesen?

*

Wir waren sehr zufrieden. 300 Lehrer und Erzieher aus allen Teilen der Bundesrepublik waren zu uns gekommen. Der hessische Kultusminister, unser Freund Professor Schütte, hat uns im Namen der hessischen Regierung begrüsst. Professor Dr. Gläss hiess uns im Namen der Stadt Frankfurt willkommen. - Wir tagten in einem Bundesland, das über ein vorbildliches Schulwesen verfügt. Viele von uns kannten die hessischen Einrichtungen noch nicht im einzelnen. Die hessischen Beispiele haben sehr dazu beigetragen, unsere Tagung zu bereichern.

*

Was halten Sie für besonders vorbildlich im hessischen Schulwesen?

*

Das wären zunächst die Mittelpunktschulen. Die Hessen haben eingesehen, dass es keinen Sinn hat, in kleinen Dörfern kleine Schulen mit nur wenigen Klassen oder gar nur einer Klasse zu unterhalten. Die Landesregierung hat den Gemeinden Vorschläge dazu gemacht, wie sie zu einer vollgültigen Schule kommen können. Die Schulkinder mehrerer Dörfer werden in einer Mittelpunktschule zusammengefasst. Natürlich wären die Kinder auf den Landstrassen einer erheblichen Verkehrsgefährdung ausgesetzt. Deshalb werden sie mit dem Bus zur Schule hin und nachher nach Hause gefahren. Das bezahlt der Staat! Und wie man in Hessen diese Mittelpunktschulen baut, das ist Modernität!

*

Was sind eigentlich die "Hessen-Kollegs", von denen man jetzt so viel hört?

*

Das ist ein sehr erfolgversprechender neuer Zweigweg im Zweiten Bildungsweg, bestimmt für junge Leute, die sich bereits im Beruf bewährt haben - das ist die Voraussetzung, dass sie gute Lehrlinge oder Facharbeiter sind. Ich habe das Hessen-Kolleg in Wiesbaden besucht und mit den jungen Leuten gesprochen. Sie sind begeistert. Das Kolleg ist für sie ein Wendepunkt, entscheidend für ihr ganzes späteres Leben. Sie fühlen sich da sehr wohl, obschon sie sehr viel arbeiten müssen. Der Erfolg ist bisher in keinem Falle ausgeblieben. Alle sind wirklich vorwärts gekommen. Bei der staatlichen Abschlussprüfung fiel noch keiner durch.

*

Und was tut sich bei den eigentlichen Schuljahrgängen?

*

Ja, da dürfen wir die Modellschulen nicht vergessen. Die hessische Regierung hat sich entschlossen, solche Schulversuche zu

unterstützen, bei denen nach vernünftigen pädagogischen Prinzipien gearbeitet wird und doch neue Wege gesucht werden.

*

Sie sind selber Schulmann, Herr Professor. Haben Sie sich auch schon mit den Modellschulproblemen befasst?

*

Mir käme es darauf an, dass in den Modellschulen eine weitgehende Schüler selbstverantwortung gepflegt würde, dass die jungen Menschen lernen, etwas gemeinsam zu planen und gemeinsam auszuführen. Natürlich unter Leitung der Lehrer, die aber ihre Freunde sein müssen. Wenn die Eltern einverstanden sind, sollten die älteren Jahrgänge in Internaten zusammengefasst werden, damit sie lernen, miteinander zu leben und etwas Gemeinsames zu wollen. - In unserem Land, in dem wir dicht gedrängt miteinander leben, müssen wir viel mehr als bisher für die staatsbürgerliche Verantwortung tun. Man sollte die jungen Menschen noch mehr, als das bis jetzt geschieht, zunächst einmal an die praktische Gemeindepolitik heranführen. Warum sollten sie nicht mitplanen, wenn zum Beispiel ein Schwimmbad geplant wird? Sie sind die zukünftigen Träger des Staates. Sie sollen frühzeitig die Aufgaben kennenlernen, die es zu lösen gilt. Und warum sollten wir nicht auch ihren Rat hören?

*

Aber ist das nicht der Geist, in dem man in Hessen vorgeht? Kennen Sie das berühmte Schuldorf?

*

Sie meinen das Schuldorf Jugendheim an der Bergstrasse? Das ist in der Tat eine grossartige Sache. Da sind zusammen eine vollausgebaute Volksschule, eine Hilfsschule, zwei höhere Schulen, ein Internat. Alles im Wald, herrlich gelegen, ganz modern, mit ausgezeichnetem Lehrpersonal. Die Hilfsschüler verlieren dort alle Minderwertigkeitskomplexe, weil sie immer mit den anderen zusammen sind. Bei den höheren Schülern kommt aus dem gleichen Grund des Zusammenseins ein Standesdünkel überhaupt erst gar nicht auf. Nun liegen da viele kleine Orte zusammen und man konnte so ein Schuldorf einrichten, was man leider nicht überall kann.

*

Wir haben gehört, dass Hessen von vielen ausländischen Delegationen aufgesucht wird, die dort das deutsche Schulwesen studieren.

*

Das ist richtig. Übrigens hat unsere Vereinigung auch beste Auslandsbeziehungen. Als AStL-Vorsitzender bin ich zugleich Vizepräsident der Internationalen Union Demokratisch-Sozialistischer Erzieher und Vorsitzender des Exekutivbüros dieser Organisation, welche die ganze westliche Welt umspannt. Vielleicht darf ich Sie darauf aufmerksam machen, dass wir in Kürze, nämlich vom 2. bis 15. Juli, im Ruhrgebiet eine internationale Studientagung abhalten. Es kommen zu uns vier Amerikaner, zwei Finnen, ein Schwede, sechs Franzosen, sechs Österreicher, elf Schweizer, zehn Luxemburger, zehn Belgier und einige Kollegen aus Israel. Wir selber sind dabei, uns mehr als bisher um die Entwicklungsländer zu kümmern. Wir werden das in enger Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung tun. Wir haben schon einen Arbeitsausschuss dafür gebildet. Aber wir wollen nicht nur nach Afrika fahren! Unsere Freunde in den deutschen Hochschulstädten kümmern sich persönlich

5. Juli 1961

um die Studierenden aus den Entwicklungsländern und erleichtern ihnen die Orientierung speziell über die kulturellen Einrichtungen.

*

Haben Sie sich in Frankfurt nur mit Schulproblemen befasst?

*

Keinesfalls, wir sind politisch interessierte Erzieher. Wir hatten das Vergnügen, unseren Freund und meinen Bundestagskollegen Helmut Schmidt aus Hamburg zu hören, der uns einen ausgezeichneten Vortrag über den Staatsgedanken in unserem Volk hielt.

*

Das ist gerade jetzt ein wichtiges Thema. Kamen aktuelle Dinge zur Sprache?

*

Gewiss, Helmut Schmidt hat die CDU/CSU nicht geschont und hat in dankenswerter Weise deutlich gemacht, welche distanziertere Haltung manche christlichen Demokraten gegenüber unserem demokratischen Staatswesen einnehmen. Dies war das Aktuellste, glaube ich: Dass Helmut Schmidt von der Weimarer Zeit sprach, die nicht die Bewährungsprobe bestanden habe und dass er meinte, uns stehe diese Bewährungsprobe noch bevor! Er sprach von Berlin und dem russischen Druck, der auf uns ausgeübt wird. Ich gebe ihm völlig recht, dass da alle Kräfte zusammenhalten müssen, die diesen Staat stützen wollen. Darauf kommt es an!

Aber im Staat muss die Selbstverantwortung des Volkes gestärkt werden. Das hat Helmut Schmidt auch sehr klar gesagt. Dass wir völlig wegkommen müssen vom Befehlen und Gehorchen und j e d e m zur Mitverantwortung fähig machen müssen!

* * *

Intensivierte Ferienaktion

sp - Fast kein Ort, fast kein Betrieb, den der Kanzlerkandidat Willy Brandt auf seinen Deutschlandreisen besichtigte, liess es sich nehmen, als Zeichen der Verbundenheit mit Berlin Berliner Kinder während der Ferien aufzunehmen oder durch Spenden einen Ferienaufenthalt in der Bundesrepublik zu ermöglichen. Ungezählte Beweise rührender Hilfsbereitschaft liegen vor und sie kommen aus allen Schichten der Bevölkerung. Sie widerlegen die weitverbreitete Mär von der Teilnahmslosigkeit der Westdeutschen am bedrohten Berlin. Das Bewusstsein der Schicksalsverbundenheit mit der ausser Funktion gesetzten Hauptstadt Deutschlands ist doch tiefer verankert, als viele wahrhaben wollen. Die Menschen spüren, dass mit Berlin auch ihre Zukunft bestimmt wird, dass dort Entscheidungen fallen, die uns alle angehen. Die Solidarität mit der bedrohten Hauptstadt findet vielfältigen Niederschlag eben auch in der Bereitschaft, Berliner Kindern durch einen Ferienaufenthalt einige frohe Wochen zu verschaffen. Der Regierende von Berlin kann mit diesem Beiprodukt seiner Deutschlandreise zufrieden sein.

* * *

Die Schulnöte Afrikas

B.K.- Gegenwärtig besuchen zwei von fünf afrikanischen Kindern im Schulalter die Primarschule, nur drei von Hundert haben Gelegenheit, die Mittelstufe zu absolvieren, und weniger als ein Jugendlicher von Tausend der entsprechenden Altersstufe kann sich eine höhere Bildung aneignen, während Universitäten und Hochschulen zwei Drittel der Antragsteller an das Ausland verweisen müssen. Die Zeit ist vorbei, da sich die Völker Afrikas mit Statistiken über das riesige Ausmass des Analphabetismus, der besonders unter den Erwachsenen noch weitgehend die Regel ist, zufrieden geben. Sie sind sich bewusst, dass der Schulunterricht die Grundlage für den wirtschaftlichen, staatlichen und kulturellen Aufbau ihrer Länder ist.

Ende Mai arbeitete eine Konferenz afrikanischer Staaten, die von der Wirtschaftskommission für Afrika und der UNESCO nach Addis Abeba einberufen wurde, einen Gesamtplan für den Ausbau des Schulwesens aus. Sein Ziel besteht darin, bis in zwanzig Jahren die allgemeine und unentgeltliche sechsjährig Schulpflicht einzuführen. Die Mittelstufe soll 23 Prozent der Kinder zugänglich gemacht werden, und im Jahre 1980 sollen zwei Prozent der Jugendlichen an Universitäten und Hochschulen studieren können.

Dem kurzfristigen Ausbau der Mittelstufe wird erstrangige Bedeutung zugemessen, da davon die Heranbildung der grossen Zahl zusätzlicher Lehrer abhängt, die benötigt werden. Die Zahl der Mittelstufen- oder Sekundarschüler soll von heute 816 000 bis 1965 auf 1 834 000 (und bis 1980 auf sechs Millionen) gebracht werden.

Der Bedarf an Primarlehrern wird im gleichen Zeitraum von 280 000 auf 340 000 (und bis 1980 auf 937 000) zunehmen, derjenige der Mittelstufenlehrer von 50 000 auf 92 000 (und bis 1980 auf 311 000). Unter Berücksichtigung der natürlichen Ausfälle infolge Alter und Tod werden in den kommenden fünf Jahren 163 000 zusätzliche Primarlehrer und 65 000 Mittelstufenlehrer benötigt. An zweiter Stelle steht der Ausbau der Primarschule. Die Schülerzahl soll von gegenwärtig elf bis 1980 auf 33 Millionen ansteigen.

Die Gesamtkosten für das afrikanische Bildungswesen würden gemäss diesem Plan von gegenwärtig 590 Millionen Dollars jährlich auf 2 600 Millionen im Jahre 1980/81 ansteigen. Berechnungen, die auf Grund des Volkseinkommens angestellt wurden, ergeben, dass Afrika den grössten Teil dieser Kosten selbst tragen kann. Jedoch ergibt sich für die kommenden fünf Jahre insgesamt ein Defizit von 1 310 Millionen Dollars oder durchschnittlich 260 Millionen pro Jahr. Das grösste Defizit wird mit 920 Millionen für das Jahr 1970 vorausgesehen. Dann wird es allmählich absinken, so dass die afrikanischen Staaten hoffen, von 1980 an nicht mehr auf ausländische Hilfe angewiesen zu sein. Sie anerkennen durchaus, dass sie schon heute beträchtliche Hilfe erhalten. Um aber die im Schulplan genannten Ziele zu erreichen, muss diese Hilfe bis 1965 verdreifacht und dann bis 1970 nochmals verdoppelt werden.

Die wohlhabenden Länder können und dürfen es sich nicht leisten, die Hoffnungen Afrikas zu enttäuschen. Es handelt sich hier um eine Aufgabe, die nicht irgendwann einmal in einer fernen Zukunft, sondern unverzüglich angepackt werden muss. + + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel